

**GESELLSCHAFT, STAAT UND KIRCHE IN POSTKOMMUNISTISCHEM
RUSSLAND. ESSAY-KOMMENTAR ZU EINER
WISSENSCHAFTLICHEN RATSVERSAMMLUNG VOM
ALLRUSSISCHEN FORSCHUNGSZENTRUM FÜR DIE ÖFFENTLICHE
MEINUNG, DIE IN MOSKAU AM 25 JUNI 2012 STATTFAND, ZUM
THEMA „ROK IN DER GEGENWÄRTIGEN GESELLSCHAFTLICH-
POLITISCHEN SITUATION“¹**

Society, state and the Church in post-communist Russia. Essay concerning the meeting of the Russian Research Council Center for Public Opinion in Moscow on 25 June 2012 regarding „The Russian Orthodox Church’s contemporary social-political situation

Erwin TERESHCHENKO

Abstract: *The present article is a broader study that presents the Russian Orthodox Church’s relationship with the Russian society in the context of the evolution of the relations between the Church, the Kremlin’s politics and the social environment in the Russian Federation since the election of the Patriarch, Kiril. The key points that are highlighted concern the ecclesiastical institutions and the dialogue of the Russian leadership with civil society, that causes many misunderstandings and even tension due to the lack of a clear framework between these actors. According to the author’s opinion, these tensions are generated mainly because the Russian Church is lacking competent persons that can transmit information in a language or manner that is understood by the majority of society. Other aspects that are illustrated refer to the willingness and efforts of the Patriarchate to gather the Russian nation around the perennial values of Russian culture and spirituality, that transcend group interest or nationalism and even political boundaries of the Russian Federation. Profiting in turn from the „ecclesiastical policies“, the Kremlin supports the efforts of the Patriarchate seeing in it one of the main forces of national culture and spirituality.*

Key words: Russia, society, state, church, public opinion.

In der Zeit zwischen Oktober 2011 und Oktober 2012 gab es im öffentlichen Leben Russlands ein paar Ereignisse, die einiges Aufsehen seitens der Medien erregt haben. Darunter sind die Wallfahrt zum „Gürtel der Gottesgebälerin“ im November 2011, das Treffen zwischen den religiösen Führern und dem Premierminister Vladimir Putin im Februar 2012, der s.g. «Punk-Andacht» in der Erlöserkathedrale in Moskau wie dem darauf folgenden Schauprozeß usw. Im Hintergrund stehen gesellschaftlich-politische Ereignisse wie die Parlamentswahlen im Dezember 2011, die darauf folgenden Proteste, - von denen der erste, am Sumpfpfplatz (БОЛОТНАЯ ПЛОЩАДЬ) in Moskau am 10. Dezember 2011, besonders durch seine Teilnehmerzahl (gegen 70 000) herausragt, - und den Präsidentenwahlen im März 2012. Die Parlamentswahlen weckten große Empörung in der Gesellschaft, da die Resultate sehr wahrscheinlich stark gefälscht waren (50% statt reale 30% der Stimmen für die Partei «Einiges Russland»). Diese Empörung weitete sich auf die Russisch Orthodoxe Kirche (ROK)

¹ Ins Deutsche übersetzt am 7. September 2013. Korrigiert am 27. Mai 2014 von Hans-Georg und Irmi Spangenberg.

aus, als der Staat sich der Angelegenheit der «Punk-Andacht» annahm und über die betreffende Frauenband die strengste Strafe (2 Jahre Haft) verhängte. Die Affäre hatte heiße Diskussionen in der Gesellschaft ausgelöst. Zum ersten Mal seit Ende der 90-er Jahre wurde die Kirche angreifbar. Die Situation erschwerte sich, als zwei Priester unabhängig voneinander in Moskau Autounfälle verursachten. In Folge des einen kamen zwei Menschen ums Leben, im zweiten Fall trug die Tatsache ihren Teil zur Aufregung bei, dass das Auto, das vom Priester gefahren worden war, ein luxus Sportcar mit diplomatischem Kennzeichen war. Das alles warf in der Gesellschaft neue, aber auch alte kritische Fragen auf: besitzt die Kirche noch eine Autorität in der Gesellschaft oder ist sie nicht vielmehr zu einem Instrument des Staates geworden? Konsolidiert sie die Gesellschaft noch oder spaltet sie diese eher? Darf sie überhaupt als Akteur im gesellschaftlichen Leben auftreten oder muss sie nicht vielmehr eine Privatsache sein usw.? Diese Fragen wurden in der Diskussion der wissenschaftlichen Ratsversammlung, die in Moskau am 25. Juni 2012 vom „Allrussischen Forschungszentrum für die öffentliche Meinung“ veranstaltet wurde, und woran auch Fachleute aus anderen prominenten Instituten (Levada-Zentrum für Forschung der öffentlichen Meinung, Russische Akademie der Wissenschaften, Geisteswissenschaftliche Universität Moskau, Moskauer Institut für Internationale Beziehungen, St. Tikhons Universität usw.) teilnahmen¹. Als einfacher Beobachter und zugleich als Laie in den Fragen der Gesellschaftskunde habe ich an dieser Sitzung teilgenommen. Diese Sitzung hat mich so bewegt und beeindruckt, dass ich Ihnen meine Gedanken zu diesem Thema, liebe ehrwürdige Professoren und liebe geschätzte Doktoranden gerne vorstellen will.²

Im Lichte der gesellschaftlich-politischen Ereignisse am Ausgang des Jahres 2011 und im Frühjahr 2012 ist eine gewisse Entwicklungsdialektik im Dialog zwischen Kirche, Staat und Gesellschaft zu beobachten. Sie umfasst die vergangenen zwei Jahrzehnte und erlaubt, die Tendenzen jenes Jahrzehnts zu prognostizieren, in dem wir bereits leben.

Vom Gesichtspunkt der Ideologie (sprich: vom Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft) betrachten wir Folgendes: nach dem Fall des Kommunismus mit seinem totalitären Verwaltungsmodell verliefen die 90-er unter den Kennzeichen des Liberalismus. Das Paradigma der Bürgerrechte und -freiheiten entsprach dem Verlangen der Gesellschaft, die sich zunächst vom Joch der erzwungenen Gesinnungsgleichheit befreite. Eine Nebenwirkung des Liberalismus war eine faktische Anarchie, also eine Handlungsunfähigkeit der staatlichen Gewalt (aller ihrer drei Zweige). Im Ergebnis stand der Staat am Rande des Kollapses.

Die Jahre im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends verliefen unter dem Kennzeichen der Stabilität. Das war nicht bloß ein Charakteristikum der Epoche, sondern eine Folge einer gut durchdachten staatlichen Ideologie. Die Stabilität war der wichtigste Message der staatlichen Führung dieser Zeit vom Beginn der Wahlkampagne im Jahr 2000 bis zur Wahlkampagne 2012. Eine Nebenwirkung war

² Erfasst in Halki/Istanbul(Türkei) am 31. August 2013. Näheres zur Sitzung des wissenschaftlichen Rates finden Sie unter <http://wciom.ru/rcp/>.

faktisch die Rückkehr zur staatlichen Kontrolle des gesamten Fernsehens, was zur Konsequenz hatte, dass es unmöglich war, die Vertreter der staatlichen Gewalt zur Verantwortung zu ziehen und dass das politisch-gesellschaftliche Leben wesentlich beschränkt wurde. Das beste Beispiel dafür ist die Fälschung der Parlamentswahlen im Jahr 2011.

Die Ereignisse am Sumpfplatz in Moskau Ende 2011 haben den Beginn eines in ideologischer Hinsicht neuen Jahrzehnts gekennzeichnet. Die Staatsführung nach Gebühr beurteilend, besonders was die sozial-politische Stabilisierung und die Wiedergewinnung des patriotischen Stolzes durch die Bürger Russlands im 1. Jahrzehnt des neuen Jahrtausends angeht, stellte die Gesellschaft, vertreten durch 70.000 am Sumpfplatz, den Antrag auf bürgerliche Würde. Sie formulierte einen Auftrag an den Staat, eine Balance zwischen dem Prinzip der Stabilität und Festigkeit des Staates einerseits, und dem der bürgerlichen Rechte andererseits. Eingeschlossen ist hier für die Gesellschaft die Verfügbarkeit von Mechanismen, die im Falle eines Gewaltmissbrauchs seitens der Behörden und ihrer Vertreter wirksam werden. Das gesellschaftlich-politische Leben im laufenden Jahrzehnt wird im Zeichen der Suche nach Wegen stehen, die als Ziel diese Balance haben.

Was ist nun die Rolle der Kirche in dieser Beziehung oder welchen Platz nimmt sie ein in dieser gesellschaftlich-politischen Dialektik? Stellt sie eine konsolidierende Kraft dar oder vielmehr einen die Gesellschaft spaltenden Faktor? Darf sie am politischen Leben teilnehmen? Hat sie das Anrecht auf einen Platz im öffentlichen Leben, sozusagen über den eigenen Zaun hinauszugehen, oder soll sie sich vielmehr auf das private Leben des Menschen beschränken?

Seitens der Gesellschaft (bzw. ihres sogenannten aktiven Teiles) kann man gegenüber der Kirche oft folgende Vorwürfe hören:

- die Kirche kooperiere zu eng mit dem Staat, anstatt sich der Arbeit mit der Gesellschaft zu widmen;
- die Kirche vergreife sich an der Politik, anstatt die Mission zu betreiben, und, schließlich;
- die Kirche kümmere sich um den Aufbau von Tempeln aus Stein, anstatt die Tempel von menschlichen Seelen zu erbauen, also sich der pastoralen Arbeit anzunehmen.

Nur allzu bekannt sind die Behauptungen über den Vertrauenscredit, den die Kirche in den 90-er Jahren genossen und angeblich in den 2000-er verspielt habe, über die in missionarischer Hinsicht versäumte Zeit, über die Unkenntnis der aktuellen Stimmungen und Erwartungen der Gesellschaft, über das Nichtschritthalten der Kirche mit der Zeit, geschweige denn über das Streben einiger ihrer Vertreter zur Selbstbereicherung.

Freilich sind all diese Vorwürfe nicht grundlos, ihre Generalisierung, Verallgemeinerung, führt jedoch zu einem verkehrten Bild der Wirklichkeit. In der öffentlichen Diskussionen zum Thema des Verhältnisses von Kirche und Staat und von Kirche und Gesellschaft überwiegen ziemlich oberflächliche und oft widersprüchliche Urteile. Die Auseinandersetzung mit diesen würde den Rahmen des vorliegenden Aufsatzes sprengen. Um die Dialektik der oben genannten Verhältnisse

der Kirche zu verstehen, ist es zuallererst notwendig, die Dynamik der inneren Entwicklung der Kirche in Russland in der bezeichneten Zeitspanne in Augenschein zu nehmen.

In den 90-er Jahren, wo einerseits Massen von Menschen in die Kirche strömten und andererseits die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Landes rasch unter die Armutsgrenze sank, stand die Kirche vor zwei Grundproblemen: 1. Fachleute und 2. Immobilien (Kirchengebäude u.a.). Und dies in einer Situation, in der zu Beginn der 90-er Jahre die Kirche über kaum 10 Ausbildungsstätten verfügte und sie keine Immobilien besaß. Die Pfarreien und Gemeinden entstanden viel eher, als die vorhandenen Priesterseminare neue Priesteramtskandidaten auszubilden vermochten. Daher wurden oft Enthusiasten geweiht. Die generelle Rückgabe kirchlichen Eigentums (=Restitution) fand nicht statt und viele Kirchengebäude musste man buchstäblich aus den Händen der örtlichen Verwaltungsorgane durch mühsame und oft demütigende Verhandlungen herauschinden. Die Kritiker der russischen Kirche weisen gerne auf die römisch-katholische Kirche als Musterbeispiel für soziale und missionarische Tätigkeit hin, sie beachten aber nicht, dass nach den meisten Revolutionen in den europäischen Ländern schließlich eine Restitution des kirchlichen Eigentums stattfand, wenn auch nicht immer eine vollständige. In der Schweiz, einem der beispielhaften demokratischen und liberalen Länder der Welt, besitzt die römisch-katholische Kirche Immobilien, in denen Zeitungsverlage, Universitäten, Krankenhäuser u.a. kantonale Einrichtungen ihre Niederlassung finden. In Österreich besitzen die Klöster Weingärten, Restaurants, Tankstellen und Sägewerke. Mit anderen Worten musste die Geistlichkeit in Russland Existenzfragen in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht lösen. Konkret bedeutete dies: Zement, Ziegelstein, Dachmaterial, Wohltäter finden, bis hin zu Auseinandersetzungen mit dem Staat hinsichtlich der Nutzung von Immobilien, Heizkosten u. ä. Ohne ausreichende Kompetenzen und ohne Zeit ist es unter solchen Bedingungen ziemlich schwierig, sich nicht nur der Aufgaben der sozialen und missionarischen Tätigkeit anzunehmen, sondern auch der pastoralen Arbeit. Die Tatsache, dass die Kirche in Russland unter Bedingungen der 90-er Jahre überlebte, ist unmöglich zu verstehen, ohne den Glauben jener Enthusiasten zu haben, seien sie auch theologisch so ungebildet wie die Fischer. Durch die Anstrengung solcher Enthusiasten wurden gerade in diesem Jahrzehnt die Mehrheit der bis heute bestehenden theologischen Fachhochschulen (gegen 30) und Institute (5) eröffnet, die im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts den Status von Priesterseminaren und Universitäten erlangten. Zur selben Zeit, wo die Kirche einen großen Vertrauenscredit in der Gesellschaft genoss, stand die Kirche unter schonungsloser Kritik und gelegentlich unter unverhüllter Verleumdung seitens der Medien. Es ist richtig auffallend, dass die liberalen Medien durch eine gewisse Diktatur der Toleranz gekennzeichnet sind. In den 90-er Jahren geschah etwas Ähnliches, was heute in der EU der Fall ist. Man durfte von Rechten und Freiheiten aller nationalen und religiösen Minderheiten, nicht aber von Rechten des staatsbildenden Volkes und der kulturbildenden religiösen Tradition (orthodoxes/katholisches Christentum) sprechen. So stieß selbst die

Öffentlichkeit (bzw. ihr sogenannter aktiver Teil) der 90-er Jahre die Kirche von sich ab, und Letztere unterhielt dann allein den Dialog mit dem Staat.

Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends ist dadurch gekennzeichnet, dass die Kirche vom Staat in Bereich der Medien gewissermaßen „in Schutz“ genommen wurde. Das bedeutete, dass in den Medien über die Kirche entweder das Gute oder gar nichts gesagt werden durfte. Der Staat verstand und versteht wohl allzu gut, den Bund mit der Kirche „auszunutzen“: Einsatz für und Ausrichtung auf Patriotismus sowie kulturelle Identität, geschweige denn der Nutzen in Bezug auf den politischen Profit, wie die Erweiterung des Elektorates (Wählerschaft). Anfangs konnte das konsolidierende Potenzial der Kirche dem Wohl der staatlichen Regierung dienen. Der Kirche, die von der Öffentlichkeit abgewiesen wurde, blieb neben der immensen pastoralen Arbeit sich auf die Zusammenarbeit mit dem Staat zu konzentrieren. Ihr eigenes Bildungswesen herrichtend, strebte die russische Kirche an, zusätzliche Instrumente ausfindig zu machen, um ihre aufklärerische und pastorale Sendung zu erfüllen. Einrichtung der Verlage, Verhandlungen zur Einführung des Faches «Grundlagen der Orthodoxen Kultur» in das Schulprogramm und der Theologie an den Universitäten, Zugang zum Rundfunk und Fernsehen, Schaffung eigener Medienressourcen (Radio «Radonezh», «Grad Petrov» [die Stadt Petri], Fernsehsender «Spas» [Heiland]). All das wäre nicht möglich gewesen ohne die Kooperation mit dem Staat.

Der Bund des Staates und der Kirche mag den Eindruck vermitteln, die Kirche würde bürokratisiert, bzw. der Staat klerikalisiert. Es genügt aber, uns der Erfahrung der westlichen Länder zuzuwenden, wie es die Kritiker der Kirche gerne tun, um zu verstehen, wie weit Russland von den genannten Phänomena entfernt ist. So wird in den Schulen von Österreich und Deutschland Religionsunterricht gegeben, die Ausbildung an katholischen Hochschulen wird vom Staat anerkannt. An den Universitäten von Wien, Berlin, München, Genf, Paris, Oxford gibt es theologische Fakultäten. Und in der Regel sind diese, zusammen mit denen für Medizin und Jura, die ältesten Fakultäten. In München und Oxford gibt es Abteilungen für orthodoxe Theologie. An der theologischen Fakultät der Universität Fribourg in der Schweiz hat die Kirche Mitbestimmungsrecht.

Mehr noch, die russische Kirche, nachdem sie auf der Jubiläumssynode 2000 ihre «Grundlagen der Sozialkonzeption» verabschiedete und darin die Grundlinien des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat festlegte, befolgt diese bis heute konsequent. Die Geistlichkeit betreibt keine politische Agitation und kandidiert nicht bei den Wahlen. Im Unterschied zu westlichen Ländern wie Italien, Österreich, Deutschland gibt es in Russland bis jetzt keine sogenannten christlichen Parteien. So sagt der Vorsitzende des Außenamtes, Metropolit Hilarion, in einem Interview, welches der Moskauer Vertretung des österreichischen Rundfunks und Fernsehens am 6. Februar 2012 gegeben wurde: « (...) selbst wenn solche Parteien gegründet werden sollten, werden sie jedoch kein Exklusivrecht besitzen, die Interessen der Orthodoxen Kirche zu vertreten», da «Vertreter aller politischen Richtungen, außer chauvinistischen oder terroristischen, Mitglieder der Kirche sein können».

Für das Jahrzehnt der verhältnismäßigen Ruhe hat es die Kirche geschafft, die Zeit zur Lösung der strategisch wichtigen Probleme wie der Ausbildung und der Erneuerung der Geistlichkeit sowie der Aufklärung der Gläubigen zu nützen, und zwar unter Einbeziehung der neueren Informationsressourcen (vor allem des Internets), mit deren Hilfe die gegenwärtigen kirchlichen Vorgänge transparenter wurden. Zum Beispiel: auf der offiziellen Homepage des Moskauer Patriarchats werden Akten von Sitzungen der Heiligen Synode publiziert. Mit dialektischer Notwendigkeit stellt die kirchliche Hierarchie seit der Inthronisierung Seiner Heiligkeit Patriarch Kyrill sich die Aufgabe, dasjenige wesentlich umzugestalten und zu reorganisieren, was bereits vorhanden ist (Bildungswesen und Verwaltungsstruktur der Kirche), um neue Arbeitsfelder zu fördern, vor allem soziale und missionarische. Als Ergebnis dieser Entwicklungen wäre die Präsenz der Hierarchen der Kirche im gesellschaftlich-politischen Leben des Landes zu sehen.

Diese Präsenz im öffentlichen Leben und das Fehlen der Möglichkeit, die Kirche der Kritik zu unterziehen, hat Früchte getragen sowohl für die Kirche als auch für den Staat. Es ist anzunehmen, dass für den Staat das konsolidierende Potential der Kirche besonders relevant war. Dieser Faktor ist umso wichtiger, als in der Gesellschaft ein sehr geringes Maß an zwischenmenschlichem Vertrauen festzustellen ist, was als eine Ursache der dramatisch niedrigen Fähigkeit der Gesellschaft Russlands zur Konsolidierung angesehen werden kann (vgl. Rede von Prof. der RAW (=Russ. Akademie der Wissenschaften) Mchedlova auf dem wissenschaftlichen Rat). Davon zeugt einmal die Erfahrung aus dem Leben in der kirchlichen Diaspora im Ausland, die einerseits zeigt, dass die überwiegende Mehrheit den ersten Schritt in die Kirche nicht aufgrund religiöser Überzeugungen macht, sondern vielmehr aufgrund einer kulturell-religiösen Zugehörigkeit. Andererseits stellt sich heraus, dass, nachdem die Neugetauften oder Bekehrten zu ordentlichen Mitgliedern der Kirche werden, sie sich dann als Gemeinde ziemlich zerstreut und nicht integer erweisen im Unterschied zu Diasporagemeinden aus anderen Ländern, wie z.B. aus Griechenland, Serbien, Rumänien, Georgien usw. Die Kirche aber bemühte sich durch ihre Präsenz im öffentlich-politischen Raum, den Message an die Gesellschaft und Politiker zu vermitteln, dass die Völker Russlands einen gemeinsamen Kulturcode, eine gewisse Kulturidentität besitzen, die dem orthodoxen Christentum zu verdanken ist. Diese zeichnet sich durch ein friedliches Zusammensein verschiedener Religionen und Völker aus und diese gilt es zu bewahren.

Die Kehrseite des staatlichen Schutzes der russischen Kirche im Medienraum war der Eindruck, die Kirche besitze ein gewisses Monopol im Vergleich zu anderen Religionsgemeinschaften. Schließlich spricht man in der Gesellschaft vom Streben der Kirche zur Klerikalisierung der Gesellschaft und von Bürokratisierung der Kirche selbst. Die Frequenz der Erscheinungen von Hierarchen der Kirche in einem Kader mit Politikern und umgekehrt führte zur strikten Ablehnung des politischen Monopols in der staatlichen Führung und mit ihm des religiösen Monopols der Kirche im öffentlichen Leben durch einen Teil der Gesellschaft.

Und schließlich zeigten die Ereignisse dieses Jahres [2012], dass die Zeit gekommen ist, wo anscheinend der Staat das prinzipielle Verbot der Kritik an der

Kirche aufhob. Womit hängt das zusammen? Mit dem Zugeständnis des Staates der Gesellschaft gegenüber, die sich nach den Parlamentswahlen aktivierte? Oder mit der Gefahr für die staatliche Führung, die angeblich von der stark gewachsenen Autorität der Kirche und somit des Patriarchen Kyrills ausgehe (vom Aufstieg der kirchlichen Autorität mag wohl die Pilgerschaft zum Gürtel der Gottesgebälerin zeugen, die für die letzten 20 Jahre präzedenzlos durch die Anzahl der Pilger ist: ungefähr 1 Million Pilger allein in Moskau)? Diese Frage bleibt offen. Nicht desto weniger kann man von einer neuen Etappe in den Beziehungen von Staat und Gesellschaft, von Kirche und Staat, und Kirche und Gesellschaft sprechen.

Im Verhältnis von Staat-Gesellschaft trägt die Staatsführung die Verantwortung, einen Ausgleich zwischen der stabilen Entwicklung des Staates und der Förderung der Entfaltung einer Bürgergesellschaft zu finden. Die Gesellschaft aber, besonders Business- und schöpferisch-intellektuelle Elite, kann von nun an nicht einfach den Staat kritisieren, sondern soll aktiv an seinem Leben teilnehmen, nicht zuletzt durch Realisierung sozialer Initiativen.

Im Staat-Kirche Verhältnis steht die Kirche vor der Herausforderung, unter neuen Bedingungen selbstständig wirken zu lernen. Jedoch ist damit nicht eine Einstellung der Zusammenarbeit mit der staatlichen Führung gemeint. Die Kirche kann nicht betreiben und betreibt auch nicht den politischen Kampf, ihre Stimme muss aber gehört und berücksichtigt werden, wenn es um politische Entscheidungen geht, die das Leben des Staates und der Gesellschaft betreffen, deren bedeutenden Teil sie repräsentiert. Die Kirche ist verpflichtet, mit der staatlichen Führung allein darum zu kooperieren, da die letzte die Entscheidungen trifft, die die betreffende Gesellschaft strukturieren, zumal die Vertreter der staatlichen Gewalt selbst Mitglieder dieser Gesellschaft sind.

Im Verhältnis Kirche-Gesellschaft hat die Kirche unter verstärkter Aufmerksamkeit, die sie aufgrund ihrer gesteigerten Autorität auf sich gelenkt hatte, praktisch kein Recht auf Fehler. Die Krise der Beziehungen zwischen der Kirche und der Gesellschaft ist auch mit der Kompetenz der Vertreter der Kirche im Bereich der Massenmedien verbunden. Der Russischen Kirche fehlt es an qualifizierten Sprechern. Dieses Problem steht eigentlich auf der Tagesordnung im Rahmen der Entwicklung solcher Bereiche der kirchlichen Wirkung, wie Mission und soziale Arbeit.

Wenn wir über die Präsenz der Kirche im öffentlichen Leben sprechen, dann müssen wir von der jeweiligen Rolle der betreffenden religiösen Gemeinschaft, die sie für Gesellschaft, Kultur und den Staat Russland spielt, ausgehen.

Im Dialog mit der Gesellschaft steht die Hierarchie vor der Aufgabe, in die Bedürfnisse der gegenwärtigen Gesellschaft einzudringen und nach Möglichkeit die Rhetorik von Feindseligkeit der «Außenwelt» zu meiden, besonders in der gegenwärtigen Lage, wo doch die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft mit der Kirche sympathisiert und zum Dialog bereit ist. Die Gesellschaft trägt aber die Verantwortung dafür, dass dieser Dialog konstruktiv verläuft. Wie die letzten Ereignisse und damit verbundenen Diskussionen gezeigt haben, weist die Gesellschaft eine ziemlich schwache Kenntnis des inneren Lebens der Kirche auf. Ihr Interesse gilt fast ausschließlich den auftauchenden Skandalen. Ein solches Interesse an der Kirche

kann man allerdings kaum als echt bezeichnen, zumal das Leben der Kirche noch nie so transparent war wie heute. Über kirchliche Ereignisse wird in den Zeitungen, Zeitschriften und im Internet publiziert. Der Gerechtigkeit halber ist jedoch zu vermerken, dass, trotz der scheinbar kritischen Lage, die Öffentlichkeit im gewissen Masse Nachsicht im Bezug auf letzte Fehler von Vertretern der Kirche gezeigt hat, was wiederum von einer Zuneigung der Gesellschaft der Kirche gegenüber zeugt. Das erlaubt zu hoffen, dass der Dialog von Kirche und Gesellschaft im angetretenen Jahrzehnt produktiv sein wird.

Die zwei höchstwichtigen Ereignisse sind in diesem Essay nicht erwähnt worden, die aber eine immens positive Rolle für Russland und für die orthodoxe Christenheit spielen:

1. das Eingreifen des Patriarchen Alexi I. in das politische Leben im Jahr 1993, indem er die konkurrierenden Kräfte zu einem Gespräch am gemeinsamen Tisch aufrief und dadurch Russland vor einem Eintauchen in einen Bürgerkrieg rettete.
2. 2003 reiste Präsident Putin zu einem Staatsbesuch in die USA. Er traf sich dabei mit dem Oberhaupt der Russischen Auslandskirche, Metropolit Lavr, und lud ihn nach Moskau ein. Die Einladung stimulierte die seit 1929 getrennten Teile der Russischen Kirche zur Wiederaufnahme eines Dialogs, der 2007 zu ihrer Wiedervereinigung führte.